

Bezugspreis:
Stettin 7,50 M., monatlich 2,50 M.
Leipzig 7,50 M., monatlich 2,50 M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 28. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Neue Waffenstillstandskrise.

Die Entente besteht auf Landung in Danzig. — Deutschlands Gegenanschläge.

Der Streit um Danzig hat sich zu kritischer Höhe verschärft. Der Kriegsrat der Alliierten fordert, daß Deutschland der polnischen Armee Gatter den Weg über Danzig eröffne.

Die Entente besteht auf Danzig, weil Danzig eine Prestigefrage für die ihnen verbündeten Polen ist, denen sie diesen Triumph gönnt ohne Rücksicht auf die hohen Gefahren, die daraus für den gesamten Osten und für den Abschluß des zukünftigen Friedens entstehen.

So sprechen alle Gründe der Vernunft und der Menschlichkeit für den deutschen Standpunkt, der um so korrekter ist, als er der eigentlichen Friedensentscheidung in keiner Weise vorgreift.

Die Entente droht Deutschland für den Fall, daß es sich den Wünschen ihres polnischen Lieblings nicht völlig fügt, mit der Kündigung des Waffenstillstands, das heißt mit der Wiederaufnahme des Kriegszustandes.

Unwillkürlich fühlt man sich versucht, die Note Rudants als ein Gegenstück der Note des Oberstleutnants Buz zu betrachten, die in Ungarn die bekanntesten Wirkungen hervorgerufen hat.

In Ungarn aber sollte die Entente gelernt haben — was wir in West-Bitow schon erfahren mußten — daß es nicht nur unmenschlich, sondern auch im höchsten Grade unklug ist, einen unterlegenen Gegner als willenlosen Sklaven zu behandeln.

meinsamen Interessen aller Völker dienen, wenn sie ihn ohne Siegerhochmut beschreiten wollten.

Berlin, 27. März. Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note des französischen Vorsitzenden, des Generals Rudant, zu:

In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrats der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Rudant in Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armeen des Generals Gatter, welche ein Teil der alliierten Armeen ist,

durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschieren mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Plan marschierenden Truppen notwendig sind.

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde im Laufe des heutigen Tages nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zuziehung der Vortragsleiter der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut: Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren.

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Polen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Polen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs Schwerste gefährdet werden.

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Polen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Polen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs Schwerste gefährdet werden.

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Polen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Polen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs Schwerste gefährdet werden.

Marshall Foch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um baldige Mitteilung über folgende Punkte:

- 1. Zusammensetzung der Armeen des Generals Gatter und Stärke derselben. 2. Zeitpunkt der Landung der Armeen Gatter. 3. Angabe der Zeitdauer der Durchsicherung der Armeen Gatter bis nach Polen. 4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armeen des Generals Gatter oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwelchen Aufständen der polnischen Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Polen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bebauerlichen Ereignissen herbeiführt?

Keine Kriegsschadigungen.

Bern, 28. März. (TA) Der Gewährungsmann der „Telegraphen-Kompagnie“ erzählt von maßgebender, an den Friedensverhandlungen unmittelbar beteiligter Seite, daß am Mittwoch an der Sitzung des Vier-Männer-Kollegiums eine endgültige Entscheidung über die finanziellen Fragen getroffen wurde.

Damit wurde beschlossen, daß Deutschland keine Kriegsschadigungen zu zahlen hat, sondern nur für die angelegten Schäden im besetzten Gebiet haftbar gemacht wird.

Allerdings liegen über die Stellungnahme Clemenceaus noch keine verbindlichen Nachrichten vor. Angeht die vorerwähnten Dreiviertel Mehrheit wird sich der französische Ministerpräsident aber in dieser Frage voraussichtlich den gefassten Beschlüssen nicht widersetzen, zumal ihm, wie vertraulich mitgeteilt wird, gewisse Kompensationen in anderer Hinsicht in Aussicht gestellt worden sind.

Schwindender Einfluß Frankreichs.

Berlin, 28. März. (Nachricht der Telegraphen-Kompagnie.) In hiesigen maßgebenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß der Einfluß Frankreichs auf die Verhandlungen der Friedenskonferenz durch den Erfolg Wilsons im Jänner auf das Mindeste herabgedrückt worden ist.

Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam.

Genesmand Zeuge im Mordprozeß Villain. Amsterdam, 27. März. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am 25. April wird hier die Internationale Sozialistenkonferenz stattfinden.

Camille Genesmand, der mit ihrer Vorbereitung hier beschäftigt war, ist nach Paris abgereist, um im Prozeß gegen den Mörder Zured, Villain, als Zeuge aufzutreten.

Polen für ein Bündnis mit der Entente.

Warschau, 27. März. Die polnische Telegraphenagentur meldet: In der gestrigen Sitzung des Landtags sprachen sich die Vertreter der großen politischen Gruppen übereinstimmend für den Antrag auf ein Bündnis mit den Ententemächten aus.

Die militärische Lage Ungarns.

Kriegserklärung an Serbien?

London, 27. März. Reuters erfährt über die militärische Lage u. a.: In Ungarn hat sich in militärischer Hinsicht nichts Neues ereignet. Es wird gemeldet, daß die ungarische Regierung den bolschewistischen Krieg an Serbien und an seine anderen Nachbarländer erklärt und seine Grenzen nach Rußland geöffnet hat. Man darf annehmen, daß die in der dortigen Grenzgegend befindlichen alliierten Streitkräfte, falls kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, der Armees der neuen Regierung gewachsen sein werden, die am Ende des letzten Monats weniger als 60 000 Mann stark war. Es ist anzunehmen, daß die bolschewistischen Streitkräfte in der Ukraine, die nach Südwesten vorrücken, nur mit großer Schwierigkeit imstande sein werden, die Karpaten und den oberen Dnjepr zu überschreiten, um in Ungarn einzudringen.

Budapest, 28. März. Das ungarische Telegr.-Korr.-Bureau meldet: Die Gefamilarproportion der Vertrauensmänner der früheren kommunistischen Partei hielt gestern Abend eine Konferenz ab. Volkskommissar des Inneren Bela Kun legte dar, daß infolge der geänderten Lage auch die Mittel des Kampfes sich geändert hätten.

Heute habe es keine größeren Anhänger der Parteimeinung als ihn, der seinerzeit der Ordnungstäter gewesen sei. Jetzt aber, sagte Kun, sind diejenigen, welche aus Ordnungstäter nannten, zu uns gekommen und haben unser Programm angenommen; heute ist also ein einheitliches revolutionäres Handeln möglich und die Gelegenheit, die Partei zu liquidieren, gekommen. Gegenwärtig wird die Sowjetverfassung ausgearbeitet und zwar auf der Grundlage der Weisungen Lenins. Es ist nicht notwendig, daß man sich bis auf den Buchstaben genau an die russische Verfassung hält; man muß sich den Fortschritten der russischen Revolution lernen. Voraussetzlich können in vierzehn Tagen die Sowjetverfassungen ausgearbeitet werden. Die Diktatur bedeutet nicht in jedem Falle den Terror, denn Terror sei nur eines der Mittel der Diktatur und komme nur dann in Frage, wenn man seiner bedarf.

Der Redner erklärte sodann, das Wichtigste sei jetzt die Durchführung der Sozialisierung im schnellsten Tempo, und dazu sei die Parteieinheit notwendig. Er unterbreite der Vertrauensmänner-Konferenz der aufgelösten ungarischen Kommunistenpartei eine Entschliessung, in der erklärt wird: „Jeder, der im Namen der kommunistischen Partei welches Unternehmen oder welche Handlung unternimmt, ist ein Betrüger und ein Feind der Interessen des Proletariats.“ Die Konferenz nahm einstimmig diese Entschliessung an, nach der die kommunistische Partei endgültig in der provisorisch als sozialistische Partei bezeichneten einheitlichen ungarischen Arbeiterpartei aufgeht.

Budapest, 27. März. (Ungar. Telegr.-Korr.-Bureau.) Die revolutionäre Arbeiterregierung hat eine Verordnung für die Sozialisierung der Geldinstitute erlassen. Der Volksbeauftragte für Finanzwesen wird ermächtigt, die Leitung derjenigen Geldinstitute zu übernehmen und unter Kontrolle zu stellen, die er zur Sozialisierung für geeignet hält.

Budapest, 27. März. Wie „Nepesava“ meldet, ließ die tschechoslowakische Regierung auf die Nachricht von der Auflösung der ungarischen Arbeiterpartei die Führer der Sozialistenparteien in Preßburg ohne jede Begründung verhaften.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Spartakus bedroht Deutschlands Volkswirtschaft und Ernährung.

Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsminister Bauer und den Vertretern der Bergarbeiterverbände führten zu dem Ergebnis, daß durch Vereinbarung die 7½-Stundenarbeit vom 1. April ab eingeführt werden soll. Gegenüber der auf Spartakus Betreiben herbeigeführten eigenmächtigen Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden, sehen Regierung und Organisationsvertreter auf dem Standpunkt, daß eine Verkürzung auf weniger als 7½ Stunden nicht möglich ist, wenn überhaupt die Wiederaufrichtung unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens denkbar sein soll. Auch würde es nicht möglich sein, den durch eine weitere Schichtverlängerung herbeigeführten Lohnausfall zu erlegen, da die Gewerkschaften ihre finanzielle Tragkraft überschritten haben

und nicht nur nicht an eine weitere Erhöhung der Löhne zu hohen Kohlenpreisen zu denken ist, sondern auf deren Abbau Bedacht genommen werden muß. Die von Spartakus mit vollem Bewußtsein der unumschließlichen Folgen herbeigeführten Zustände bedeuten eine gewaltige Verschlechterung der Lebensmittelfuhr, da die deutsche Kohle das Hauptzahlungsmittel für die Einfuhr der uns zugestandenen Lebensmittel darstellt, und auch die in dem Brüsseler Abkommen von der Entzweiung zur Bedingung gemachte Ausfuhr anderer Waren und Fabrikate ohne ausreichende und nicht zu teure Industriekosten unmöglich ist. Die Bergarbeiterverbände stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nur bei internationalen, für alle Länder verbindlichen Abmachungen im Friedensvertrag denkbar sind, da sonst das deutsche Wirtschaftsleben in der Weltmarktkonkurrenz gänzlich unterliegen würde.

Dochum, 28. März. (Fig. Drahtbericht des „Vormärts“.)

In Witten ist es zu schweren Ausschreitungen von Spartakisten verheerter Bergarbeiter gekommen. Die Bergarbeiter haben die vereinbarte Schichtzeit von 7½ Stunden nicht gehalten und haben eigenmächtig die Sechsstundenschicht eingeführt. Sie haben daraufhin die Redaktion einer Zeitung zu stürmen versucht, die einen ungunstigen Bericht mitgeteilt hatte. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf 11 Personen erschossen und 84 verletzt wurden.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet arbeiten die Spartakisten und die Unabhängigen, die sich meistens nur dem Namen nach von den Ersteren unterscheiden, bereits wieder mit allen Mitteln auf den Generalstreik hin. Die Parole ist die sofortige Einführung des Sechsstundentages. Befanntlich wurde bei den letzten Verhandlungen die stufenweise Ueberführung der achtstündigen Arbeitszeit in die sechsstündige zugesagt, dergestalt, daß vom 1. April ab die Arbeitszeit 7½ Stunden betragen und dann zu bestimmten Terminen je weiter um eine halbe Stunde verkürzt werden soll, bis in etwa Jahresfrist die sechsstündige Arbeitszeit erreicht ist. Die Kapitalisten verlangen aber sofortigen Uebergang zur sechsstündigen Arbeitszeit ohne Rücksicht darauf, daß die Erfüllung dieser Forderung bei der ohnehin schon höchst mangelhaften Kohlenförderung eine Katastrophe unseres Wirtschaftslebens bedeuten würde. Dand in Hand damit gehen Lohnforderungen, die dergestalt sind, daß allein die Löhne den Wert der geförderteten Kohlen bei weitem übersteigen würden.

Der eigentliche Grund der Unzufriedenheit liegt aber anderswo, in der ungeheuren Lebensmittellage. Die Regierung sollte alles tun, daß das Industriegebiet besser mit Lebensmitteln beliefert wird. In welcher Art freiwillig die Spartakisten hegen, dafür nur ein Beispiel: Am Dortmund fanden jüngst Demonstrationen statt, wobei u. a. ein Plakat herausgetragen wurde mit der Aufschrift: „Geht den Speck heraus!“ In Dortmund befindet sich in der Tat ein Spediteur, dieses ist aber für die Krankenhäuser und Lazarette der ganzen Provinz Westfalen bestimmt. Die Dortmunder Spartakisten wollen aber den Speck der Kranken für sich haben!

Es liegt im Übrigen auf der Hand, daß die Verküpfung der Lebensmittelfuhr mit der Hebung der Kohlenförderung in engem Zusammenhang steht. Denn die in Holland lagernden Kohlenmengen, deren Einfuhr freigegeben, können nur und fast ausschließlich mit Kohle bezahlt werden. Ohne Kohlenförderung daher keine Lebensmittel. Die Spartakisten aber erklären: Sie nicht jeder wieder sein Vieh hat, wird nicht gearbeitet. Also ungenügend, als ob ein Mann sich bereit erklärt, er wolle nur dann ein Schwein mästen, wenn er sofort und verweg das Schlachtfest haben würde. Ebenso klar ist, daß die Lohnforderungen Selbstbezug werden müssen, denn um soviel die Kohlen dadurch teurer werden, um soviel verteuern sich auch die Lebensmittel, die im Austausch gegen die Kohlen erworben werden. Die Führer der Spartakisten aber bemühen sich krompsch, jede sachliche Klärung der Bergarbeiter über die wirkliche Sachlage durch Versammlungssprengungen und ähnliche Gewalttate zu verhindern.

Interessant ist auch, wer diese Führer und ihre treueste Gefolgschaft sind. Zum größten Teil Unorganisierte und ehemalige Gelbe. Gerade auf den Boden, in denen die Organisation der Bergarbeiter früher niemals Fuß fassen konnte, sitzen jetzt die lautehnen Schreier. Charakteristisch ist, daß bei den schon erwähnten Demonstrationen in Dortmund Leute als Führer und Plakatträger vorangingen, die bei den organisierten Streiks, hinter denen die Gewerkschaften standen, als Streikbrecher zwischen zwei Schichtenden den Weg zur Grube machten. Die unaufgeklärtesten und politisch ungeschultesten Elemente laufen mit Spartakus, und auf ihre zügellosen Instigate ist die ganze Agitation zugeschnitten. Droht man doch auch jetzt wieder damit, die Zechen erkaufen zu lassen. Wie auf den eröffneten Bergwerken der Zukunftstaat errichtet werden soll, ist das Geheimnis der Geber. Einige Zechen Spartakusherrschaft wären wahrscheinlich das beste Mittel, den Massen die Augen zu öffnen. Aber sie würden andererseits so unumwidringlich Schaden anrichten, daß das Erwachen zu spät käme.

Gefängnisgreuel.

Schwere Anklagen gegen Regierungssoldaten.

Die „Bolschewistische Zeitung“ und die „Freiheit“ veröffentlichen Freitag morgen erneut Mitteilungen von Augenzeugen über schwere Mißhandlung, unwürdige Unterbringung und Befestigung und mehrfache willkürliche Erziehung von aus Anlaß der Sportkusswirren Verhafteten durch Reinhardttruppen. Die schwersten Beschuldigungen datieren, soweit wir sehen, aus dem ersten Drittel des März. Wenn sie auch nur teilweise der Wirklichkeit entsprechen, so stellen sie derart empörende Vorgänge dar, daß von der Regierung eiligt gründliche Vorkerkungen, insbesondere durch Bestellung von nicht militärischen Beauftragten zur Ueberwachung des gesamten Verhaftungs- und Gefängnisbetriebes, getroffen werden müssen.

Wie uns mitgeteilt wird, haben die zuständigen Regierungsstellen nach Kenntnisnahme der heute vormittag erschienenen Artikel der genannten beiden Blätter sofort gründliche und unparteiische Untersuchung veranlaßt.

Für die politischen Gefangenen.

Die „Freiheit“ berichtet heute in sensationeller Weise, die man an ihr gerührt ist, über Mißhandlung, schlechte Behandlung und schlechte Ernährung der anlässlich der letzten Kämpfe verhafteten Personen. Es ist natürlich jetzt nicht möglich, diese schweren Anschuldigungen nachzuprüfen. Immerhin muß bemerkt werden, daß jüngst Genosse Schöpflin, der Oberkommandierende der Marlen, bei einer Inspektion der Gefangenen übererstimmt von den Gefangenen gehört hat, daß sie den Umständen angemessen ordentlich behandelt und versorgt wurden.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit eine Lanze für die Gefangenen einlegen, die aus rein politischen Motiven schuldig und verhaftet worden sind. Sie dürfen nicht mit gemeinen Verbrechern in einen Topf geworfen werden. Es ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, daß politische Gefangene besonderen Schutz und eine bessere Behandlung in den Gefängnissen erfahren müssen. Sie sind Opfer ihrer Ueberzeugung und ihre Ueberzeugung muß respektiert werden. Sie dürfen auch in Gefangenschaft nicht zu der Meinung kommen, daß ihre Ehrenhaftigkeit verlegt oder gar mit Füßen getreten wird. Ihre Aufenthaltsräume, ihre Kost, die Möglichkeit sich geistig zu beschäftigen, müssen so geregelt sein, daß sie ohne Willkür später an die Zeit ihrer Inhaftierung denken können.

Eine Mehllieferung aus Schweden. Die „Ana Dasligt Åsöhand“ erfährt, haben die almerischen Mäkte durch den amerikanischen Befanden Morris in Stockholm das schwedische Mehl streng erwünscht, 50 000 Tonnen Mehl unmittelfbar nach Deutschland auszuführen, falls die Bezahlung in der vereinbarten Weise erfolgen kann. Es handelt sich sowohl um Weizenmehl wie Roggenmehl, das Schweden nachher von Amerika zurückerkhalten soll.

Eine Zentralstelle für Fragen der Leibesübungen.

Von Erich Klinge.

Zwar ist das Turnen eine alte Institution in Deutschland, wogegen die moderne Sport- und Spielbewegung erst auf wenige Jahrzehnte zurückzuführen kann, aber was ist auf diesem Gebiete alles noch nicht geleistet worden!

Fast der treuen Anhängererschaft gewisser Bevölkerungskreise sind hier Verhandlungsmöglichkeiten der breiten Masse und Veranschaulichung durch die obersten Staatsbehörden ohne gleichen zu verzeichnen. Turnen, Spiel und Sport haben sich noch immer nicht zu der ihnen gebührenden Stellung gegenüber den Geisteswissenschaften durchringen können. Vor allem mangelt es am Ausbau der wissenschaftlichen Seite der Leibesübungen. Wohl sind Anfänge wissenschaftlicher Untersuchung vorhanden, aber sie mühte mit unzureichenden Mitteln, da meist privatim, ausgeführt werden, so daß sie für die Öffentlichkeit keine Bedeutung erlangen konnte. Die Mehrzahl der Ärzte vor allem schenkt dem Verfall der Leibesübungen keine oder nicht genügende Beachtung, weil das Interesse der Masse des Volkes daran fehlt. Von ihnen und auch von Hochschullehrern werden schlechte Urteile, namentlich bei Gerichtsällen, abgegeben, da jeder nur auf Grund seiner eigenen Erfahrung urteilt und jeder anderen von vornherein skeptisch gegenübersteht. Hier besonders fehlen die wissenschaftliche Durchführung und gewisse gesetzliche Bestimmungen, die die Grundlage solcher oft bedeutungsvollen Urteile bilden müßten. Die Physiologie der Bewegungen des menschlichen Körpers steht eben noch ganz in den Kinderschuhen, da auch die beruflichen Wissenschaftler Reizung und Verständnis in dieser Frage vermissen lassen. Und doch könnte gerade die Entschlüsselung dieser Wissenschaft manche wichtige Aufklärung vermitteln.

Wie wenig weiß man noch über die Einwirkung der einzelnen Leibesübungen auf die verschiedenen Altersstufen, auf die Geschlechter, auf die einzelnen Organe, über die Grundlagen der Leistungsfähigkeit des Individuums, über die allgemeinen Grenzen des menschlichen Könnens, über die Bedeutung der Aufnahme bestimmter Nahrungsmittel und Getränke für die Leistungsfähigkeit bei den einzelnen Tätigkeitsstufen, über das Sportvergnügen usw.

In welcher kümmerlicher Weise sind die Anregungen und reichen Erfahrungen der Reichhaltigkeit, des Turnens, Ruderns, Wanderns, Modelns, Spiels usw. von einem Jünger solcher Brauchkunst dem anderen, allenfalls von Vereinen zu Vereinen weitergegeben worden. Der dem Vereinsleben Fernstehende hatte selten Gelegenheit, sich zu belehren oder auch seine Erfahrung nützlich weitergeben zu können.

Das muß anders werden! Die Öffentlichkeit muß viel mehr

für diese Fragen interessiert werden. Und besonders jetzt gilt es, aus dem Zusammenbrüche des Vaterlandes ein neues, leistungsfähiges Geschlecht heranzubilden, das den schwersten Anforderungen des künftigen Friedens gewachsen ist. Das aber ist nur möglich, wenn eine einheitliche Organisation mit größten Mitteln und breiter Basis von Rechts wegen einsetzt.

Diese Zentralstelle muß alle Fragen des großen Gebietes der Leibesübungen bearbeiten, muß ihre Konzeptionen und Berater in allen größeren Städten haben, muß höchste Instanz für sachmännisches Urteil jeder Art sein und muß das Wertvolle, das durch erste, wissenschaftliche Untersuchung von Mitarbeitern herangeschafft wird, durch Verbreitung der großen Allgemeinheit zuführen.

Das ist der Inhalt eines längeren Aufsatzes des Städtischen Oberturnwartes von Berlin, Dr. med. Rudolf, der in kurzem in „Körper und Geist“ und in der „Monatsschrift für das Turnwesen“ erscheinen und als Denkschrift den leitenden Reichsstellen vorgelegt werden wird.

Ein Tag aus der Weltgeschichte.

In Hans v. Webers immer jährlicher Zeitschrift „Der Zwiebelstich“ wird erzählt:

Eines Tages, während des Balkankrieges, traf ich im Straßenbahnwagen meinen Freund Dr. S., einen bedeutenden Historiker aus Sachsen, der damals infolge einer Geldlemme genötigt war, als zweiter politischer Redakteur eines liberalen Weltblattes sich im Karussellschiff zu über. Seiner geraden Natur widerstrebe diese Fron arg, und solange er sie erdulde — bald schon warf er sie von sich wie ein schmutziges Dreck —, machte er oft seinem Herzen in grimmen Ausfällen Luft. So erzählte er mir denn, als wir uns auf der Straßenbahn trafen: „Geern Sie, mei Piewer, das war heute wiederum ein Tag aus der Weltgeschichte! Ich kammd der Chefredakteur, Dr. Gummi, beneidete sich hier de Türkei und verlangte von mir: dimmer weck Schanden er Leidartikel hier de Dinger und gegen die andere Balkanbank. Also ich schreibe drauf los, als ob ich nen ganzen Daren zu verbeldigen hadde! Gamm bin ich ferda, ruf der Gummi an und meent, er hadde sich verhebbert, wir wären gegen de Dinger, und ich mühte den Uffatz in ener Viertelstunde ummodelln. Also ich drehe alles Wasidive ins Negadive un umgeleert. Ich hatte merich nämlich gleich gedocht und den Artikel schon so geschriben, daß er gewendet werden konnte. Wie ich damit ferda bin, ruf ich de Seherel an, und da sagt die Wende, der Uffatz müsse wegbleiben —, es wäre em e atopes Ansetz gekommen, nun fehlte's an Wakt! Ich rufe nu Gummi an, und da sagt der: Ja, — er hadde es schon geheet, da wäre mer em nu desinereffizient in Balkanfragen —, Insetrate gingen vor! — Sehn Sie, mei Piewer, das ist doch was für'n Historiker — drei Sorten Weltgeschichte in enen Vormiddag und als Pieschub — en Dregg! So was machd . . . hungriq. — Maßjeid!“ Und er sprang ab.

Der ganze Wogen voll Fahrgästen hatte der schmetternd erzählten Geschichte zugehört und wüßerte —, sie lauten alle ihr Leib- und Morandacht; aber sie halten es heute noch und ahnen noch immer nicht, daß sie damals eine Bursch des ganzen Elends, das sie seitdem erlebt haben, . . . geraden hatten!

Notizen.

Die Ausstellung für unbekannte Architekten, die jetzt im Graphischen Kabinett Neumann, Neudamm 2, 3 Treppen, stattfindet, ist auch am Sonntag geöffnet, der Eintritt ist frei.

Der Arbeiterrat für Kunst legt besonderen Wert darauf, daß vor allen Dingen die Arbeiter keine Ausstellungen besuchen. Die Besucher werden gebeten, ihre Ansicht über die ausstellenden Arbeiten auf Zetteln in einen für diesen Zweck in der Ausstellung aufzuhängen. Auf diese Weise hofft der Arbeiterrat für Kunst, ohne Mittelverwendung ein Bild von der wirklichen Meinung des Volkes zu erlangen.

Im Botanischen Garten und Museum zu Berlin-Dahlem werden fortan erfreulichere volkstümliche Vortragsabende, Einzelvorträge und Führungen aus dem Gebiete der Pflanzenkunde veranstaltet. Die Vorträge finden Mittwochs und Donnerstags von 6-7 Uhr statt. Die aus 6 Vorträgen bestehende Vortragsreihe kostet 1 M.

Die Führungen, Montags und Sonnabends von 5½ bis 7 Uhr, geschehen in Reihen von je 7 Führungen, die sich in Abständen von 4 Wochen wiederholen, um in jeder Jahreszeit die sehenswerten Einrichtungen im Garten zu sehen. Preis ebenfalls 1 M. Programmie und Eintrittskarten wochensächlich von 8½ bis 1 Uhr im Bureau des Museums, Pablen, Köntigin-Luise-Strasse 68, und bei den Wärtern des Gartens.

Russl. Am 30. März, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie das verhöbene zweite Erdbebenkonzert. Mitwirkend: Wladimir Salowitint und Cornelia Bronsbeck. — Julia Eup hat den auf den 5. April verlegten Brautabend im Beethovenaal gang ab.

Vorträge. Der Suppé-Abend, Sonntag 8 Uhr im Schilleraal Charlottenburg, bringt Szenen aus den bekanntesten Operaten des Komponisten und wird durch einen Vortrag Dr. Leopold Schmidts eingeleitet. Eintrittspreis 1 M. — Ludwig Dardt gibt am 30. März, 8 Uhr, im Reiteraal seinen letzten „Großen Abend“: Rester, Märchen, Morgenstern, Wieb, zwölf Vorträge Berliner Schauspieler.

Ein Polizeipräsident für gutes Deutsch. Der Frankfurter Polizeipräsident Dr. Simonsen richtete an die Bevölkerung des Polizeipräsidiums ein Rundschreiben, in dem er die Befestigung des Abenddeutsches fordert. U. a. heißt es da: Im gesamten Schriftverkehr ist das sogenannte Aftenddeutsch zu vermeiden. Mit einer überlebten Bureaucratie muß auch deren Ausdruckweise befreit werden, denn ein gutes Schriftdeutsch an Stelle bureaukratischer Redewendungen ist nicht nur dem Publikum verständlicher, sondern hebt auch die Klarheit aller Verordnungen im innern Dienstverkehr. Ein gutes Beispiel für alle Behörden!

Preussische Landesversammlung.

Freitag, 28. März, mittags 11 Uhr.

Am Regierungstisch Finanzminister Dr. Südekum.
Eine förmliche Anfrage der Unabhängigen betreffend die Auflösung der Provinziallandtage, sowie eine weitere der Demokraten über die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels werden zu gegebener Zeit beantwortet werden.

Hierauf werden die von dem Geschäftsvorbereitungsausschuss über das Wahlprüfungsverfahren vorgelegten Vorarbeiten ohne Debatte angenommen. Ebenso das Gesetz betreffend die Umlegung von Grundstücken in Köln. Es folgt die zweite Beratung des Notetats. Abg. Weib (U.Soz.) fordert Herabsetzung der Steuerfreiheit. Der Etat wird in zweiter Lesung angenommen. Hierauf wird die dritte Lesung vorgenommen. Dazu gibt Dr. Rosenfeld (U.Soz.) folgende Erklärung ab:

Die preussische Republik ist noch wie vor ein Klassenstaat, beruhend auf der Klassenherrschaft und mit der Tendenz, die bestehende Ausbeutung der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) (Sehr wohl! bei den U.Soz.) Trotz der in Aussicht gestellten Verstaatlichung, die mit Sozialismus nichts zu tun hat, ist die Struktur des Staates dieselbe geblieben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staat befindet sich trotz der sogenannten Demokratie noch in den Händen der besitzenden Klassen als Mittel zur Wiederhaltung der besitzlosen Volksklassen. Dilemma! Dem Staat bewilligt unsere Fraktion, deren Aufgabe die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse ist, nicht einen Pfennig. (Beifall bei den U.Soz.) Diese Regierung, die mit dem Belagerungszustand und allen Nachmitteln des alten Regimes regiert, die jede politische und entscheidende wirtschaftliche Wirkung der Arbeiterräte ablehnt, sagen wir rücksichtslos: Los von dem Staat! an; ihr können wir kein Vertrauen schenken. (Lobhafter Beifall bei den U.Soz.)

Es entwickelte sich ein Dialog zwischen Dr. Südekum und Dr. Rosenfeld, in dem letzterem Abg. Schumann (Soz.) eintritt. Er verweist auf einen Artikel Karl Kautskys in der „Freiheit“, in dem dieser die Schuld für das Auskommen des Militarismus auf die Spartakus- und die Unabhängigen Arbeiterfraktionen schiebt. Er hält fest, daß zwischen seiner Stellungnahme zu den Arbeiterräten und der seines Fraktionskollegen Heller keine Differenzen bestehen.

Schließlich wurde der Notetat auch in dritter Lesung angenommen.

Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

In der Versammlung, die heute vormittag im Germaniaaal ihren Anfang nahm, wurden die Beschlüsse zum zweiten Rätekongress vorgenommen. Sie erfolgt nach dem Verhältniswahlsystem. 18 Delegierte sind zu wählen. Listen mit je 18 Namen liegen vor aus den Fraktionen der S. P. D., der U. S. P. und der Demokraten. — Namens der Kommunisten erklärte Berg: Wir enthalten uns der Stimmabgabe, weil es uns ganz gleichgültig ist, ob einer von den Mehrheitssozialisten oder von den verschwommenen Unabhängigen nach dem Kongress delegiert wird, von dem ja doch nichts zu erwarten ist.

Hierauf wurde die Wahl vorgenommen.

Auf die an die Regierung der Räterepublik Ungarns durch die hiesige Versammlung gesandte Rundgebung ist eine telegraphische Antwort von dem ungarischen Volkskommissar Kun eingegangen, die Richard Müller las. Sie lautet:

Mit Freude haben wir eure Nachricht entgegengenommen. Durch eure Arbeit, durch euren Kampf habt ihr uns bis jetzt eine grenzenlose Bewunderung eingeflößt. Wir waren stolz darauf, euch als unsere Genossen betrachten zu können. Die Diktatur des Proletariats in Ungarn fiel als reize Frucht unserer Kämpfe und Leiden in unsere Hände. Kein Tropfen Blut wurde vergossen. Sobald wir die Macht hatten, haben wir uns, ohne eine Minute zu verlieren, an die Arbeit gesetzt. Schlag auf Schlag kürzt eine Mauer der kapitalistischen Zwangsarbeit nach der anderen zusammen. Die Fesseln der Lohnsklaverei sind in tausend Stücke zerissen. Zugleich haben wir aber auch mit dem Aufbau der neuen Welt begonnen. Das Wirtschaftsleben geht seinen Gang. Es funktioniert schon jetzt viel besser als früher. Nur die Schwarzarbeit ist beseitigt. Aber was an geistiger und physischer Energie im Lande vorhanden ist, ist am Werk. Die Produktion und der Verkehr befinden sich in unseren Händen. Mit dem Schwarzarbeitler der Nichtsteuer ist es zu Ende. Die Vorräte sind beschlagnahmt. Sie werden teils zur gerechten Verteilung gelangen, teils als Material beim Aufbau der kommunistischen Organisation der Produktion verwendet werden. Alle gesellschaftlichen Kräfte, die vom Kapitalismus zur Verkümmern des proletarischen Taktens erkundet wurden: die Brandmarke der ungesetzlichen Ehen, die Zurückhaltung des unehelichen Kindes, sind zertrümmert. Ist, Licht, Keimlichkeit, ein früheres Privileg der Bourgeoisie, ist dem proletarischen Radwuchs erschlossen und im vollsten Maße zugänglich gemacht. Die Theater und Kinos, die bis jetzt hauptsächlich den Vergnügungen der Reichen dienen, sind zur Pflege der Kunst angehalten und den Proletariaten zugänglich gemacht. Die Presse, diese mächtige Waffe des Kapitalismus zur Anbetelung der proletarischen Gebirge, wurde in unseren Händen, in den Händen der Errichtung einer besseren Zukunft gestellt. Begreifst nicht, wie die Proletarier in die rote Garde, bereit ihre Befreiung von der kapitalistischen Elbars mit ihrem Blut zu verteidigen. Also, Kautskis, Arbeiterräte, die Götterkammerung der kapitalistischen Gesellschaft ist angebrochen. Es schlägt die Stunde, wo die Expropriateure expropriert werden.

Vollkommissar Kun.

Die Verlesung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kurz darauf teilte mit, daß die Angeklagten der dem Kriegsministerium unterstellten Betriebe wegen Arbeitsregelung mit der Leitung verhandelt, aber keinen Erfolg erzielt haben. Man sagte den Angeklagten, sie würden durch gebiente Unteroffiziere ersetzt werden.

Diese Mitteilung rief allgemeine Entrüstung hervor. Hierauf gab Richard Müller das Wahlergebnis bekannt. Es sind 861 gültige Stimmen abgegeben, davon 365 auf die Liste der Unabhängigen, 205 auf die Liste der Mehrheitssozialdemokraten, 83 auf die demokratische Liste und 18 unbeschriebene Stimmzettel. Die Unabhängigen erhalten 3 Mandate, und zwar: Däumig, Müller, Ledebour, Pfeifer, Koch, Eibert, Walter, Stimmig und Schumann. Die Mehrheitssozialisten erhalten 5 Stimmzettel, von Reisch, Büchel, Amendt, Neue und Joelsch besteht werden. Von Demokraten wurden Lehner, Kluge und Dr. Michaelis gewählt.

Die Versammlung beschloß dahin zu wirken, daß Ledebour, um am Kongress teilnehmen zu können, sofort aus der Haft entlassen wird.

Ferner wurde beschlossen: Die Versammlung fordert die Arbeiterräte der Kommunen auf, dafür Sorge zu tragen, daß die unzulässigen Opfer der letzten Kämpfe von den Gemeinden unterstützt werden. Die Betriebsräte aller Parteien sind sich dahin einig geworden, daß falls die Kommunen keine Unterstützung gewähren, die betreffenden Familien aus dem Fonds der Arbeiterschaft unterstützt werden.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Drohung der Entente, den Waffenstillstand abzubrechen, hat Deutschland in die Landung polnischer Truppen in Danzig nicht einwillige, nicht auf den Verzicht gehend.

Die Stimmung war teilweise schwächer. Niedriger gingen namentlich oberdeutsche Konsumwerte um, von denen Bismarckhüte 4 Proz. verloren. Schiffahrtsaktien gaben gleichfalls ungewissen nach. Elektro- und Rüstungspapiere waren ungewiss behauptet. Deutsische Anleihen stellten sich etwas höher. Amerikaner liefen verkehrten auf letztem Stand. In den sogenannten Balkanwerten fand infolge des Verbots ein Handel nicht statt. Tägliches Geld war zu 4 Proz. angeboten. Privatdiskont 4 1/2 Proz. und darunter.

Berichtszeitung.

Waffenklagen wegen Arbeitseinstellung infolge Stromversagung.

Zweihundert Kläger vor dem Gewerbegericht.

Eine Entscheidung, der wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung sowohl von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmerschaft mit großem Interesse entgegengekommen wurde, fällt gestern das Berliner Gewerbegericht. Es handelte sich um die Frage, ob bei Auslegen des elektrischen Stromes die Arbeiterschaft ein Anrecht auf Bezahlung hat oder nicht. Das gewerbliche Personal der Großbuchbinderei von Wübben u. Co., im ganzen 200 Personen, klagte Löhne für den 22. Januar, an welchem Tage in Berlin der elektrische Strom versagte, in Gesamthöhe von 2194 M. ein. Die der Vertrauensmann der Arbeiter ausführende, war die gesamte Arbeiterschaft pünktlich zum Dienst erschienen, da am Tage vorher die Stromleitung voll funktionierte, sie wurden dann aber von dem Betriebsleiter nach Hause geschickt. Der Beklagte Wübben hob hervor, daß es ihm nicht um das Geld handele. Aus prinzipiellen Gründen wolle die ganze Arbeiterschaft auf dies Urteil. § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches sei hier nicht anwendbar, weil es sich um Versagung der gesamten Kraft handele, deren anderweitige Beschaffung unmöglich gewesen wäre. Das Gewerbegericht kam zur antragsgemäßen Verurteilung der Firma. Die Kraftversagung habe in einem solchen Falle der Unternehmer zu vertreten. Wenn die Arbeiter pünktlich zum Dienst erschienen, täten sie ihre Schulpflicht und müßten den Lohn für den Tag erhalten.

Groß-Berlin

Ein reaktionärer Jugendbildner in der Fortbildungsschule.

Uns wird geschrieben: In der 3. Pflichtfortbildungsschule in der Gräffstraße amtierend da ein hochleuchtender Schöpfer, der unter der alten, nunmehr von ihm schmerzlich vermissen Regierung Wilhelm II. einer der tüchtigsten Leiter der patriotischen Jugendwehr war, für die er mit allen Kräften unter der ihm unterstellten Jugend die Wehrbetriebe rührte. Die der Welt heute seine Pflichten aufzählt, darüber mag folgender Bericht orientieren, der sich am Donnerstagabend in seiner Klasse zugehört hat:

Es war bisher dort üblich, unter den Schülern Karten zum Zwecke der Kriegshilfe abzusetzen, die mit den Bildnissen des deutschen Kaisers und anderer Herrscher geschmückt waren. Am Donnerstag nun wurden infolge Erkantung des Reichenscheiters einer anderen Klasse einige Schüler dieser Klasse Herrn Schöpfer zugeleitet. Beim Angebot der Karten lehnten verschiedene Schüler solche mit dem Bilde Ludendorffs entschieden ab. Das war für Herrn Schöpfer Veranlassung, seinem patriotisch geprägten Dergen in einer Weise Luft zu machen, die als Skandal wahrhaftig nicht zu scharf bezeichnet ist. In einer Ansprache an die Schüler verbat er sich zunächst ganz entschieden, daß irgendjemand etwas über Ludendorff sage, der ein durchaus übertragender, fabelhafter „Kopf“ und händig bemüht gewesen sei, das Beste des ganzen Volkes zu wollen. Leider sei sein groß angelegter Offensivplan durch ein paar Lumpige Pioniere vernichtet worden. Nebenfalls beziehe er mehr Geist und Wissen, als der disgestoffene Ober, der sich krampfhaft an seine Stellung klammert, um sein Millioneneinkommen nicht zu verlieren, und dessen Regierung jämmerlich sei. Das Regiment solle man lieber den Konstruktiven überlassen, die es gelernt haben! Von den Vätern der neuangeleiteten Schüler erwiderte der Zwischenruf „Reaktionär!“ Und hierauf fuhr der Jugendbildner fort: Die Affengedächter auf diesen Vätern, die wohl dem Verein Arbeiterjugend angehört, habe er nicht gefragt. Er spreche zu seiner Klasse!

Der Vorfall beweist, daß nicht nur auf dem Dorfe, sondern auch in Berlin den reaktionären Herrschaften der Stamm zu schwellen beginnt. Vielleicht macht die vorerzählte Rede dem Herrn Hochlehrer eine rechtliche Klar, daß reaktionäre Verharmung der Jugend nicht zu seinen Aufgaben gehört, daß er sich in Zukunft bei seinem Unterrichte auf die Gebiete zu beschränken hat, die er gelernt hat, und daß die Pflichtfortbildungsschule kein Kaserneort unfeigen Angehörten ist, in welcher der Sauerbraten des verlassenen preussischen Kommissärs trübliche Urstände seien darf!

Wo bleibt der Mieterschutz?

Zu unserer Notiz in Nr. 145 sendt uns der Reichs-Justizminister ein längeres Schreiben, in dem er die Regierung gegen den Vorwurf, daß „nichts getan“ sei, verpönt. Die Regierung bezieht sich auf die verschiedenlichen Verordnungen, nach denen die Gemeinden in Gemeinschaft mit den Mieteinsichtungsämtern im Interesse der Mieter wirken können.

Die über Zahlungsfrist und über Einschränkung der Pfändung erlassenen Vorschriften sollen die zurückgebliebenen Heilungsteilnehmer vor unbilligen Zugriffen wegen Mietsrückständen schützen. Die Reichsregierung stellt eine Herausforderung des Existenzminimums in Aussicht.

Sie bemerken hierzu: Als von der Regierung angeordneten Vorschriften sind solche des alten Regiments. Lediglich die Verordnung vom 14. Dezember 1918 ist nach der Revolution erlassen und gewährt dem Schutz der unbemittelten Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen bis zum 1. Juli d. J. Im übrigen ist für den eigentlichen Mieterschutz seit dem 9. November 1918 in der Tat nichts getan. Wir hätten gewünscht, daß während der Hebergangszeit der zwangsweise Wohnungswechsel überhaupt unterbunden worden wäre. Die Gemeinden haben, auch soweit sie als Notstandsgebiete im Sinne der Verordnung vom 22. September 1918 erklärt sind, wenig getan. J. U. ist und nicht bekannt geworden, in welchen Gemeinden nur nach vorher eingeholter Zustimmung der Mieteinsichtungsämter den Hauswirten die Kündigungsberechtigung ausproben ist. In Schöneberg erklärte z. B. in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Ratstratsdirektor, die Gemeinde habe von der Ermächtigung der Verordnung keinen Gebrauch gemacht, weil der Vermaltungs- und Verwaltungsapparat fehle. Die Mieter, die am 1. April keine andere Wohnung hätten, würden untergebracht im Obdach, Maison de Santé, in Turmhallen, Schulen und Militärbaracken, aber auch dann bleibe noch ein Teil übrig, über dessen Unterbringung man nicht im Klaren sei!

Die Folgen sind Wohnungsnot und Vermietung zu unerschwinglichen Preisen, die nur von Kriegsgeheimnissen aufgebracht werden können. Die sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften wären gewiß gern bereit gewesen, zum Zwecke durchgreifender Maßnahmen den Gemeinden Hilfe zu leisten.

Das Existenzminimum ist allerdings auf 2000 M. erhöht, wobei für jedes Familienmitglied noch ein Teil des Mehreinkommens freizulassen ist. Mit solchen Vorschriften kann unter Berücksichtigung der Teuerung, namentlich in Großstädten, die Regierung nicht auskommen. Die Mietsrückstände, die während des Krieges von Kriegsteilnehmern gemacht werden mußten, dürften überhaupt nicht

mehr beiträglich sein. Das wäre eine selbstverständliche Dankeschuld der Hausbesitzer, deren Grundstücke in der Kriegszeit eine erhebliche Wertsteigerung erfahren haben, während ein Teil der Zurückgekehrten vor dem Nichts steht und am 1. Juli im Auftrag des Hauswirts den Besitzvollstehers zu Besuch bekommt.

Der Mieterschutz ist ein Gebot, auf dem durch wirksame Gesetzgebung mehr wie bisher getan werden muß.

Der anspruchsvolle Direktor.

Die Hamburg-Mannheimer Versicherungs-A.G., die schon während der Kriegszeit durch ihre Kriegspatenschaftsversicherung viel von sich reden gemacht hat, entpuppt sich als ein Unternehmen von sehr fragwürdigem Charakter. Der Berliner Direktor Hammerstrand — ein allddeutsch gestimmter Schwabe — hat seinerzeit mit 8000 M. der Gesellschaft die Schupherrschafft seiner Durchlaucht des Prinzen Ernst Julius zu Lippe erkaufte. Er kann es sich leisten, auf Kosten der Gesellschaft im Süddeutschen Land Agenten zu unterhalten, deren einziger Dienst die Kammererei mit Lebensmitteln für den braven Chef ist. Ein besonderes Geschäft von ihm ist die Rolle des Hausverwalters, die er gegenüber seiner eigenen Gesellschaft spielt und ihm ein hübsches Stimmchen nebenher einbringt. Die anspruchsvollen Gesellschafter dieses Mannes, für den es doch auch reichsdeutschen Ertrag gibt, machen sich dadurch bezahlt, daß — die Gehälter seiner Angestellten um so niedriger sind. So bleiben unter den Berliner Angestellten die Monatsgehälter bei mehr als 1/2 weit hinter der Summe von 100 Mark zurück. Die Propaganda für die Kriegspatenschaftsversicherung zeigte, daß man in der Geschäftspraxis sehr frustriert war. Es ist absolut unverständlich — zumal in heutiger Zeit — wie eine Gesellschaft, die auf sich hält, sich solcher Kräfte bedienen kann.

Bildervorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Montag, 31. März: Institut für Meereskunde, Goorenstraße 34/36 (5 Uhr), Prof. Dörsch über: Geographische Charakteristika aus allen Zonen der Erde. — Cecilia-Engelmann, Vichtenberg, Reichsstr. 8 (Uhr), Dr. Pruder über: Die Gesellschaften (für Erwachsene). — Dienstag, 1. April: Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 15 (5 Uhr), Dr. Kuntz über: Der deutsche Kaiser Arnold Böcklin. — Institut für Meereskunde (5 Uhr), Prof. Dr. Diehl über: Pflanzenwelt und Ruhschancen der warmen Länder. — Mittwoch, 2. April: Institut für Meereskunde (5 Uhr), Dr. Thiem über: Die Wunder der Farbenphotographie. Mit farbigen Bildbänden. — Sophien-Gymnasium (5 Uhr): Dr. Behrmann über: Bilder aus Deutschlands Süden. (Vom Ort zum Riesengebirge). — Cecilia-Engelmann, Vichtenberg (6 Uhr), Prof. Dr. Sternfeld über: Richard Wagner, Meißnering von Nürnberg. (Mit Vorträgen am Flügel). — Königsstädtisches Realgymnasium, Elisabethstr. 57/58 (6 Uhr), Dr. Brühl über: Die Schätze des Meeres. — Donnerstag, 3. April: Institut für Meereskunde (5 Uhr), Prof. Dörsch über: Wetter und Wettervorhersage. — Freitag, 4. April: Institut für Meereskunde (5 Uhr), Prof. Dr. Hartmann über: Urtiere als Erreger von Krankheiten. — Sophien-Gymnasium (5 Uhr), Dr. Ulrich über: Ruhmachung der heimischen Pflanzen für den Haushalt. — Sonnabend, 5. April: Königsstädtisches Realgymnasium (6 Uhr), Ingenieur Tiesler über: Vom Dorf zum Feinmechaniker. Das Wesen in der Werkstatt. — Obiatal des Telegraphen-Versuchsdienstes, Königgräber Str. 20 (6 Uhr), Dr. Gorchel über: Chemie und Wirtschaftslernen. — Cecilia-Engelmann, Vichtenberg (6 Uhr), Dr. Vogt über: Nordische Fabriken. — Institut für Meereskunde (5 Uhr), Prof. Dr. Ring über: Das Bildnis in der deutschen Kunst. — Eintritt 10 Pf. resp. 15 Pf. für jedermann.

Besprechungen der künstlerischen Gruppe, Musikalische Komposition, bearbeitet von Dr. Erich Richter: Dienstag, 14. April, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. Beginn 4 Uhr, Eintritt 20 Pf. einschließlich Garberode.

Verwertung freiwilliger Meeresgüter. Das Reichs-Vermögensamt, dem die Bewirtschaftung freiwilliger Meeres- und Marinegüter ausschließlich obliegt, hat in Berlin eine Zweigstelle errichtet. Alle Anfragen aus dem Bezirk Groß-Berlin und Provinzbezirk Potsdam bezüglich des Antrags von Meeresgütern sind daher an nachstehende Adresse zu richten: Reichsverwaltungsamt Zweigstelle Berlin, Goldammer Str. 22, III. Jannum 10338.

Chemische Angehörige des Leptis X der republikanischen Soldatenwehr. Teils erhalten die tschischen 110 M. am Montag, den 31. III. 1919 noch Probe ihrer Feldbesoldung bei der Abrechnungsstelle im Depot VII Schöneberg, Grunewaldstr. 77 in der Zeit von 9-3 Uhr.

Straße Puch. Das Amateur-Meisen um die 100 M. für denjenigen, der dreimal stehend um die Manege reitet, erweist abends großes Galle.

Arbeiter-Turnverein Steglitz. Turnstunden für Männer und Jugendliche Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr in der Turnhalle des Gymnasiums Dreifaltigkeitstr. 10. Die Damenabteilung turnt dort jeden Sonnabend von 8-10 Uhr.

Die Arbeiter-Turnvereine Tempelhof-Wartenberg veranstalten Sonnabend 7 Uhr im Lokal Wilhelmstraße, Tempelhof, Berliner Str. 76, das Stützpunkt seiner Frauenabteilungen. Programm besteht aus Tanz, turnerischen Aufführungen, anschließend Tanz. Eintritt 2 M., auf Mitgliedskarte 1 M.

Tempelhof. Gemeindeverordnetenversammlung. Die vollenzogenen Wahlen zur Gemeindevertretung wurden nach Prüfung durch den dafür eingesetzten Ausschuss für gültig erklärt. Ein von der Partei für allgemeine Politik gegen die Gültigkeit erhobener Einspruch wurde zurückgewiesen. Ein einhelliger Antrag, wonach der Gemeindevorstand bei der preussischen Regierung sofort dahin vorstellig werden soll, daß dem inzwischen zusammengetretenen Landtag schleunigst der Entwurf eines Katastrales vorgelegt wird, welches die Neuwahl der unbefähigten Schöffen anordnet, wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag des Genossen Maximilian Müller, die unbefähigten Schöffen dringen zu erlauben, ihre Kempter sofort niederzulegen. Dieser sind die unbefähigten Schöffen diesem aus der Mitte der Versammlung wiederholt gestellten Ersuchen nicht nachgegeben. Dem Wunsch eines getragenen zwischen der Gemeinde und dem Kreis Teltow über die mittelbare Beteiligung der Gemeinde an dem Gewinn und an der Verwaltung der Deutschen Gesellschaft wurde zugestimmt. Die Aufnahme einer Anleihe von 1 1/2 Millionen Mark zur Deckung der Kosten der Mietsbeihilfe, Kriegspatenschaftspflege usw. wurde genehmigt. Auf Anfrage des Genossen Erwald teilte der Gemeindevorstand mit, daß die Annahme des neuen Tarifs für die Gemeindegewerkschaften in der in der kommenden Woche stattfindenden Sitzung beschlossen werden soll. Die Nachzahlung der Zuschüsse von Januar d. J. soll demnächst erfolgen. In der Gemeindevertretung hat sich eine freie Fraktion gebildet. Der sich außer den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien auch die unbefähigten Schöffen angegeschlossen haben, dieselben Herren, die sich trotz des vorgenannten Beschlusses nicht bewegen fühlen, ihre Kempter zur Verfügung zu stellen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Brandenburg. Sonnabend 6 Uhr: Flugblattverbreitung. Bildnis zur Vaterlandsliebe („Die Gefährten“ von Moritz und die „Kameraden“ von Hübner) sind noch in den Parteipositionen und, am Sonntag im Theater zu haben.

Charlottenburg. 3. Gruppe. Sonnabend 7 Uhr: Bei Reimer Wilhelmstr. 11: Versammlung. Referent: Siebold, Genosse Doritz.

Vorkriegs-Wittmann. Sonntag vormittag 9 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Brandenburg. Bei Postamt Berlin Mitte, Charlottenburg, für den linken Teil des Postamt Berlin Mitte, Postamt für Arbeiter-Turnverein, Berlin. Bericht: Vormärz-Verlag 8 m 5. Berlin. Ernst Bornhards-Verlag und Verlagshaus Carl Singer u. Co. in Berlin, Eintrachtstr. 1.

